

# **Kurzer geschichtlicher Überblick über die Entstehung und Entwicklung des Kriegs in der Ukraine**

## **1989 – 1991 Zusammenbruch Warschauer Pakt/ Deutsche Wiedervereinigung**

Russland erlaubt die Abschaffung der Demarkationslinie zwischen Ost- und Westdeutschland. Der "Warschauer Pakt" wird aufgelöst. Russland zieht seine Truppen aus Osteuropa ab. Der damalige Bundesaußenminister Genscher äußerte im Februar 1990 in einer Rede in Tutzing, dass eine Ausdehnung des NATO-Territoriums nach Osten nicht stattfinden solle. Auch US-Außenminister Baker sagte gegenüber Michail Gorbatschow, die NATO werde ihre Zuständigkeit "not one inch" (keinen Zoll) nach Osten ausdehnen. Das war die Zusage, dass es also KEINE NATO-Osterweiterung geben wird; Gorbatschow hat es geglaubt. Eine vertragliche Fixierung hat es nicht gegeben. Die amerikanischen Truppen bleiben in Deutschland stationiert.

## **1991 Ende der Sowjetunion**

Die Ära Jelzin beginnt. Sie endet am 31.12. 1999 durch seinen Rücktritt. Putin – bis dahin Ministerpräsident - übernimmt die Regierungsgeschäfte. Putin wird Präsident.

## **2001 Historische Rede**

Putin spricht am 25.9. im deutschen Bundestag und macht ein Angebot für eine enge Partnerschaft, um die Spaltung in der Vergangenheit zu überwinden. In seiner Rede betont Putin die tiefe kulturelle Verbundenheit Russlands mit Europa und spricht sich für eine gemeinsame Friedensordnung aus. Alle Bundestagsabgeordneten klatschen begeistert. Die Rede ist ein historisches Dokument und auf der offiziellen Website des Bundestages abrufbar: <https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/putin/putin-196934>

## **2004 Beginn NATO-Osterweiterung**

Am 29. März 2004 treten mit Estland, Lettland und Litauen die ersten ehemaligen Sowjetrepubliken der NATO bei. Zeitgleich wurden auch Bulgarien, Rumänien, die Slowakei und Slowenien aufgenommen, die mehrheitlich dem Warschauer Pakt angehört hatten. Die russische Regierung unter Präsident Wladimir Putin zeigt sich verstimmt, insbesondere über den Beitritt der baltischen Staaten.

## **2013/2014 Euromaidan**

Die Euromaidan-Proteste Ende 2013 und Anfang 2014 führen im Februar 2014 zum Sturz der Regierung von Präsident Janukowitsch. Ein von der damaligen US-Außenministerin für Europa, Victoria Nuland, abgehörtes Telefonat mit dem US-Botschafter in der Ukraine, in dem sie sagte "Fuck the EU", bestätigt die intensive diplomatische Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten der Ukraine. Gleichzeitig beginnen US-amerikanische Konzerne wie u.a. Monsanto und Black Water die Ukraine aufzukaufen. US-Militärberater infiltrieren Armee und Geheimdienste der Ukraine und eine NATO-Mitgliedschaft wird in Aussicht gestellt. Hunter Biden, der Sohn des damaligen US-Vizepräsidenten Joe Biden, steigt in das ukrainische Gas-Geschäft ein. Eine weitere Verletzung der durch den Westen zugesagten Pufferzone findet statt. Russland setzt weiter auf Diplomatie und Gespräche.

## **2014 Besetzung der Krim**

Durch den Putsch und die Strategie des Westens sieht sich Russland gezwungen, seine Interessen zu schützen. Es folgt die friedliche Besetzung der Krim. Entgegen aller anderen Darstellungen fällt kein einziger Schuss, niemand wird getötet. Eine Volksabstimmung ergibt: 90% der Krim-Einwohner sind mit diesem Vorgehen einverstanden. Vor dem Hintergrund der anhaltenden

russlandfeindlichen Politik in der Ukraine, die durch den Euromaidan ausgelöst wurde, folgen Volksabstimmungen und die Proklamation der Volksrepubliken Donezk und Luhansk im Frühjahr 2014. Die Ukraine zahlt seit 2014 in diesen Gebieten keine Renten mehr aus. Der Geldhahn wird abgedreht. Die Lebensmittelversorgung dieser Gebiete wird ausschließlich von Russland übernommen. Das Militär, besonders die neonazistischen freien asowschen Brigaden der Ukraine beschießen ständig Luhansk und Donezk. Der Krieg im Donbass fordert von 2014 bis Anfang 2022 nach UN-Angaben etwa 14.000 Tote, sowohl Militärs als auch Zivilisten. Beide Konfliktparteien beschuldigen sich gegenseitig des Beschusses von zivilen Einrichtungen. Die Wirtschaft der Volksrepubliken Donezk und Luhansk ist weitgehend von Russland abhängig, das auch humanitäre Hilfe leistet und Pässe an die dortige Bevölkerung ausstellt.

## **2015 Das Minsker Abkommen II**

Das Minsker II-Abkommen wird im Februar 2015 von der Ukraine, Russland, Frankreich und Deutschland ausgehandelt, um den Krieg im Donbass zu beenden. In einem Interview mit der "Zeit" im Jahr 2022 erklärt die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass das Abkommen ein Versuch gewesen sei, der Ukraine Zeit zu geben, "um stärker zu werden". Diese Aussage wird von russischer Seite als Beleg dafür gewertet, dass der Westen nicht an einer friedlichen Lösung interessiert war. Der damalige französische Präsident François Hollande bestätigte diese Sichtweise später ebenfalls. Zum Zeitpunkt des Einmarsches Russlands 2022 hatte die Ukraine 800.000 Kämpfer unter Waffen.

## **2020 Versuch eines weiteren Regime-Change**

Nach dem Vorbild des „Maidan“ von 2014 in der Ukraine versuchen die USA und der Westen nun auch in Weißrussland die Regierung zu stürzen, was misslingt. Aber: es ist der nächste Angriff auf die Pufferzone zwischen der NATO und Russland.

## **2022 Letzter Versuch**

Russland fordert ein letztes Mal eine Garantie, dass die Ukraine kein Mitglied der NATO wird und dass Donezk und Luhansk sich weitgehend selbst verwalten dürfen (Autonomie). Dies wird von der Ukraine, den USA und der EU abgelehnt.

## **2022 Ende der Diplomatie**

Russland marschiert in der Ukraine ein. Um den Krieg zu beenden verlangt Putin:

- eine Garantie der Neutralität und
- eine Entmilitarisierung der Ukraine,
- eine Anerkennung von Donezk und Luhansk als Volksrepubliken
- eine Anerkennung der Krim als russisches Hoheitsgebiet und
- eine Entnazifizierung der Ukraine

Dies wird von der Ukraine, den USA und der EU abgelehnt.

**Im Frühjahr 2022**, wenige Wochen nach Beginn des russischen Einmarsches, gab es konkrete Verhandlungen. In Istanbul verhandelten russische und ukrainische Delegationen. Ein Abkommen zeichnete sich ab: Neutralität der Ukraine, Sicherheitsgarantien, Lösung der Donbass-Frage. Dann kam der Besuch des britischen Premierministers Boris Johnson in Kiew, Johnson hatte die klare Botschaft aus dem Westen: „Kämpft weiter, wir stehen hinter euch – mit Waffen, Geld und politischer Unterstützung.“ Die Eskalation war gewollt nun war es der gewollte „Stellvertreterkrieg“.

*Eberhard Speckmann 16.03.2026*